

Tschechische Republik

Dr. Werner Böhler / Alena Resl (28.08.2015)

Die Flüchtlingskrise dominiert zurzeit die Berichterstattung der tschechischen Medien. Die öffentliche Debatte ist sehr kontrovers, die kritischen Stimmen überwiegen. Es mangelt in weiten Teilen der Bevölkerung an Information und Aufklärung, was dazu führt, dass eine sachliche Auseinandersetzung kaum stattfindet.

Die Tschechische Republik gehört traditionell zu den Ländern, die sich gegenüber Zuwanderung aus dem Süden sehr skeptisch zeigen. Der Grund dafür liegt vor allem in einer weitverbreiteten diffusen Angst vor dem Islam und seinen politischen Ausprägungen. Vor diesem Hintergrund wird das Thema vor allem als ein Sicherheitsrisiko verstanden. Laut einer Umfrage des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften vom Juni 2015 sprechen sich 72 Prozent der Tschechen gegen die Aufnahme von Immigranten aus Afrika und 71 Prozent gegen die Aufnahme von Immigranten aus Syrien aus. Eindeutig für die Aufnahme von Immigranten aus den genannten Ländern sind nur knapp drei Prozent der Tschechen. Die tschechische Bevölkerung stellt sich auch eindeutig gegen die Einführung von Quoten, wie sie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurden. Der Gedanke einer „erzwungenen“ Solidarität in Europa wird von der tschechischen Bevölkerung nicht mitgetragen. Die Initiative der Kommission hatte damit einen negativen Einfluss auf die Gesamtwahrnehmung der Europäischen Union unter den Bürgerinnen und Bürgern. Dagegen sind die Tschechen viel offener gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen aus kulturell nahestehenden Ländern. Gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine sprechen sich nur 44 Prozent der Tschechen aus.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Alle im Parlament vertretenen politischen Parteien sind sich einig in ihrer entschiedenen Ablehnung von Pflichtquoten seitens der EU. Die Mitterrechtsparteien TOP 09 und KDU-ČSL befürworten eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen und sehen darin eine christliche Pflicht. Die KDU-ČSL warnt jedoch vor einem Krieg zwischen Sunniten und Schiiten, der zu einer Anzahl von bis zu 70 Millionen Flüchtlingen führen könnte. Sie ruft nach einer Einbeziehung Saudi-Arabiens und der Golf-Staaten in die Lösung der Flüchtlingskrise.

Des Weiteren fürchten alle Parteien um die Zukunft des Schengen-Systems, dessen Erhalt zu Tschechiens Prioritäten in der EU-Politik gehört. Vor diesem Hintergrund fordern die Parteien einen stärkeren Schutz der europäischen Außengrenzen.

Die Sozialdemokraten sehen den Schlüssel zur Lösung der Flüchtlingskrise in der Beendigung der Kriege in Syrien und Libyen, einer Stärkung der Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen und einer aktiven Rückkehrpolitik. Sie lehnen die Pflichtquoten der EU ab, sind aber für die Aufnahme von Immigranten, die einem ähnlichen kulturellen Hintergrund entstammen. Die Partei an sich ist innerlich gespalten zwischen dem kleineren links-liberalen Flügel und dem stärkeren links-konservativen Flügel, der eine restriktive Immigrationspolitik fordert und die Fehler der westeuropäischen Staaten im Hinblick auf die Bevölkerung mit muslimischem Glauben vermeiden will, darunter auch der sozialdemokratische Innenminister Chovanec.

Die zweitstärkste politische Bewegung, ANO, fordert eine Schließung der europäischen Außengrenze und setzt sich für die Errichtung von Flüchtlingslagern in Nordafrika und im Nahen Osten ein. Europa solle nur Flüchtlinge aufnehmen, die denselben kulturellen Hintergrund haben. Der der ANO-Partei zugehörige Finanzminister, Andrej Babiš, ist starker Kritiker der Politiken der EU und der Vereinten Nationen in Bezug auf die Immigrationskrise. Er sprach sich für die Einbeziehung der NATO und von Großmächten wie den USA, Russland, China aber auch etwa Saudi-Arabien aus.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Alle restlichen parlamentarischen Parteien, die kommunistische KSČM, die liberal-konservative Bürgerpartei ODS sowie die rechtsextremistische Bewegung Úsvit, vertreten eine restriktive Immigrationspolitik. Die ODS sowie Úsvit treten islamkritisch auf. Die Position von ODS ähnelt in vielen Punkten der Position der britischen Konservativen. Die Bewegung Úsvit, die mit dem französischen Front National zusammenarbeitet, fordert den Einsatz der Armee zur Sicherung der Landesgrenzen und einen Austritt Tschechiens aus der EU. Die KSČM sieht die Ursache der Flüchtlingskrise in den militärischen Interventionen der USA in der jüngeren Vergangenheit.

Berichterstattung über Deutschlands Umgang mit Migration

Im Allgemeinen hat die Berichterstattung über Deutschland einen neutralen oder negativen Ton. Deutschland wird als der Hauptzielort der Migranten dargestellt, wohin auch die meisten Migranten über Tschechien kommen wollen. Es wird auch über die Auseinandersetzungen in der Gesellschaft und die Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland berichtet. In einigen Kommentaren wird Deutschland vorgeworfen, die Probleme mit der Migration durch ein zu attraktives Sozialsystem selbst zu verursachen und dieses Thema zu naiv zu handhaben.

Eine negative Berichterstattung rief auch die deutsche Forderung der Einführung von Quoten hervor. Man sieht in den Quoten keine Lösung, da man Flüchtlinge nicht mit Gewalt zwingen könne, in Tschechien zu bleiben, die ohnehin letztlich nach Deutschland würden weiterziehen wollen. Dieses Thema ist sehr sensibel in der tschechischen Gesellschaft und hat das Potential, antieuropäische und antideutsche Strömungen zu befördern und die Befürwortung der Tschechen für die europäische Integration zu senken.

Willkommenskultur

In Tschechien herrscht keine „Willkommenskultur“. Im Allgemeinen wird die Immigration aus dem Süden als eine Gefahr und ein Sicherheitsrisiko betrachtet. Die öffentliche Debatte in den Medien sowie in den sozialen Netzwerken wird durch extremistische Gruppen dominiert, die die Immigration eindeutig ablehnen. Auf diese Entwicklung reagierte ein Appell tschechischer Wissenschaftler unter dem Titel „Gegen die Angst und Gleichgültigkeit“, der xenophobe und extremistische Tendenzen in der tschechischen Gesellschaft kritisierte und die Öffentlichkeit, Medien und Politiker zum kritischen Nachdenken aufforderte. Der Appell wurde von fast 3.000 Wissenschaftlern unterzeichnet.

Die Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern von Immigration finden vor allem in den sozialen Netzwerken, in den Medien und auf Demonstrationen statt. Es wurden auch extremistische Demonstrationen gegen Immigration und den Islam organisiert, bei denen Galgen von den Demonstranten getragen wurden. Es kam zu einem Angriff auf die Moschee in Brünn, bei dem Fensterscheiben eingeschlagen wurden. Zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den Gruppen kam es sonst bislang nicht.

Die Tschechische Republik gehört nicht zu den eigentlichen Zielländern, sondern ist im Wesentlichen Transitland für Flüchtlinge, die weiter nach Westeuropa ziehen wollen. Die Polizei hat im Hinblick darauf die Kontrollen an den bekannten Transitwegen verstärkt. Tschechien hat angeboten, 1.500 Flüchtlinge innerhalb der nächsten zwei Jahre aufzunehmen. Dafür müsste die Infrastruktur ausgebaut werden, da die vorhandenen Kapazitäten derzeit nur für 700 Asylsuchende reichen.

Die Tschechische Republik hat eigene Programme für die Unterstützung von Flüchtlingen in Drittländern. Außerdem beteiligt sie sich am Medizinischen Evakuierungsprogramm MEDEVAC.